433

Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis ab 1. April: Bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtbezirk 1.98 Mk., bei Zutragung im Landbezirk 2.00 Mk. Wochenkarten 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntagsnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Amtsh. 2301, Gemeindegirokonto: Frankenberg 1. Fernruf: 41. Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 36 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 80 Goldpfennig, für die 90 mm breite Zeile im Reklameteil 50 Goldpfennig. Neue Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung übernehmen wir keine Gewähr. — Für schwierige Sätze und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehender Skala.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

№ 150 | Montag den 30. Juni 1924 nachmittags | 83. Jahrgang

Der Niedergang des Parlamentarismus

Die vergangene Parlamentswoche ist durch ihre Unfruchtbarkeit und durch die kommunistische Nilpferdkomödie charakterisiert, die einzig in ihrer Art, seit Deutschland einen Reichstag besitzt, in den Annalen des hohen Hauses rot angestrichen als abschreckendes Beispiel fortleben wird. Wenn das Tintenfaß als Handgranate verwendet wird, ist der Griff nach dem Stuhlbein nicht weit, nur sinkt dabei das Niveau der Verhandlungen auf das einer Volksradau-Versammlung, in der der Holzkomment die Stelle anderer Ueberzeugungsmittel zu vertreten pflegt. Am schlimmsten aber mußte es von den Zuschauern dieses unerhörten Spektakelstücks empfunden werden, daß ihrem Regisseur, dem Kommunisten Katz, keine Rüge zuteil wurde, während seine sofortige Entfernung aus dem Sitzungssaal angebracht war. Augenscheinlich hatte der Vizepräsident Dr. Rießer den Vorfall übersehen und wollte später den Reichstag in begreiflichem Schamgefühl nicht bloßstellen. In den folgenden Sitzungen machte sich eine ungemeine Erschlaffung bemerklich. Die Front war abgekämpft, und man suchte den Eindruck des skandalösen Zwischenfalles resigniert durch ein großes Reinemachen vor der in Aussicht stehenden Verhandlungspause zu verwischen.

Wie dies geschah, erregt jedoch Bedenken und gibt zu prinzipiellen Einwendungen Anlaß. Es sollten Reste aufgearbeitet werden, und der Restezettel war lang. Auf den Tagesordnungen standen an die zwanzig bis dreißig Gegenstände über Beamtenfragen, über soziale Verhältnisse, über die Not der Landwirtschaft. Diese Materien waren in der Presse nach allen Richtungen, ihrer Wichtigkeit entsprechend, besprochen worden, so daß es ein Kunststück gewesen wäre, etwas Neues darüber zu sagen. Hatte man doch durch die Veröffentlichungen der Beratungen in den verschiedenen Ausschüssen ein Bild von den Beschwerden und den dazu vorgeschlagenen Heilmitteln erhalten.

Das große Publikum war also in der Hauptsache informiert, und man darf schon ein Nichtkenner der öffentlichen Meinung sein, um anzunehmen, daß sie an jenem Stoff noch besonderes Interesse nimmt, der nach Goethe durch Treten nicht stark, sondern nur breit wird. Das Lesepublikum der Tageszeitungen ist demgemäß auch nicht befremdet, wenn die Kürze der Reichstagsberichte zu der Länge der im Reichstag gehaltenen Reden im Mißverhältnis steht, und wenn nur die von einem Katz gelieferten Brillanten Aufmerksamkeit erregen, hat das seinen natürlichen Grund. Man will nicht zehnmal Gehörtes noch zum elften Mal hören.

Aber zu den souveränen Volksvertretern ist offenbar diese Erfahrung nicht gedrungen. Dies beweist ihr Verhalten in der verflossenen Woche. Die Rednerliste war ebenso lang wie die Tagesordnung, und die Ausführlichkeit, mit der die Redner zu Werke gingen, entsprach der ihnen bewilligten Redezeit von einer halben, einer dreiviertel, einer vollen Stunde. Je knapper sich einer zu fassen weiß, um so mehr wird er sein Publikum fesseln er; wird auf das Auskramen von Kleinigkeiten verzichten, um die Hauptpunkte um so wirksamer hervorzuheben. Dadurch gewinnt die Aussprache das Aussehen einer wirklichen Debatte. Das trat neulich, als eine halbstündige Redezeit vorgeschrieben war, einige Male deutlich hervor. Aber wie verhielt es sich an den Tagen, als der Redeflut ein drittes Bett gegeben war? Wer mitansehen hat, wie selbst die Fraktionen ihre vorgeschickten Streiter in Stich ließen und die Wandelhalle aufsuchten, wie kaum ein Dutzend Abgeordneter stundenlang im Saal den Schein einer Beratung zu markieren suchten, wird nicht im Zweifel sein, daß die Redner ihre eigenen Leute bis zum Ueberdruß gelangweilt haben. Die Unsitte: statt zu reden frei von der Leber weg, Manuskripte, die nach der Lampe riechen, zu verlesen, rächte sich. Früher war das anders. Im alten Reichstag hielten die Präsidenten streng darauf, daß wenigstens der Schein des Debattierens gewahrt wurde, und wenn ein Abgeordneter an dem Konvolut von Blättern klebte, wurde er sanft auf das Unstatthafte seines Vorgehens hingewiesen. Das hat längst aufgehört. Man läßt die Verfertiger von sorgfältig ausgearbeiteten Vorträgen gewähren. Im besten Falle trägt die Verlesung des Werkes einen akademischen Charakter, was in den Hörsaal einer Hochschule hineinpaßt, aber sich im Reichstag ausnimmt wie eine Unterweisung in Gewehrgriffen im Schützengraben. Immerhin, das Niveau ist dabei gehalten. Im übrigen ist es durch die Gepflogenheiten der Kommunisten tief gesenkt. Redegewalt wohnt ihrem Geschrei nicht inne; kaum ein Tag verging in letzter Zeit, wo sie nicht Brüllorkane entfesselten; das Mindeste, was sie sich leisten, sind ungehobelte, polternde Zwischenrufe, und die von ihnen ausgehende Verschlechterung des Umgangstones, ihre Maulfertigkeit und Sprachverwilderung sind Schuld, daß der Reichstag in der Regel verödet dallegt. Wer vermag auch die Aufmerksamkeit aufzubringen, wenn er neun oder zehn Stunden lang den zähen Redefluß sprupartig über sich ergehen lassen muß? Der Reichstag wird zu einer Abstimmungsmaschine herabgewürdigt und muß dem Parlamentarismus das Grab graben, wenn in bisheriger Weise das Wesen der parlamentarischen Auseinandersetzungen verkannt wird. Die wenigen glänzenden Ausnahmen von rhetorischen Meisterstücken, die das hohe Haus gelegentlich aufzuweisen hat, heben sein Ansehen im Volke nicht, dazu ist zuviel gesündigt worden, und gerade diese Ausnahmen lassen den Abstand von dem, was ist, zu dem, was sein sollte, erkennen. M. O.

Frankreichs Entgegenkommen in tatsächlicher Beleuchtung.

Havas meldet aus Düsseldorf, General Degoutte habe auf Anweisung der französischen Regierung Durchführungen getroffen, um die gleichzeitige Rückkehr sämtlicher aus der französischen Zone des Ruhrgebiets und aus dem Brückenkopf Köln Ausgewiesenen bis auf einige Ausnahmen zu ermöglichen. Diese Entscheidung sei am 27. Juni den Beteiligten mitgeteilt worden. Des weiteren seien Strafeinstellungen zugunsten der wegen Teilnahme am passiven Widerstand Verurteilten angeordnet worden, denen binnen kurzem die endgültige Begnadigung folgen werde.

•

Das französische Kriegsgericht in Mainz hat einen Deutschen namens Jost zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er, besonders in der Gegend des Humorück, Aufrufe verteilt haben soll, in denen die Bauern aufgefordert wurden, die Tätigkeit des interalliierten Forstkomitees zu behindern. Drei andere Deutsche, die zu Jost in Beziehungen gestanden haben sollen, denen man aber nur das Singen von nationalen Liedern in Cafés nachweisen konnte, erhielten ein Jahr Gefängnis zudiktiert.

•

Die beiden oben wiedergegebenen Telegramme stehen in einem schreienden Kontrast zueinander und belegen auf das deutlichste, wie vorsichtig man in der Bewertung der Gnadenerweise Herriots sein muß. Hinzu kommt, daß der Wert der Rückkehrerlaubnis äußerst gering ist, ja, sich fast auf eine schöne, aber inhaltsleere Geste beschränkt, solange den Zurückkehrenden ihre Wohnungen nicht wieder freigemacht sind, und ihnen, soweit sie Beamte sind, nicht ihre Stellungen wieder eingeräumt werden. Von diesen beiden unbedingt notwendigen Ergänzungsmaßnahmen hat bisher nicht das Mindeste verlautet.

Das zweite, was man zu bemängeln hat, ist der Umstand, daß willkürliche Ausnahmen bei der Erteilung der Rückkehrerlaubnis gemacht werden.

Wie eine frivole Herausforderung des deutschen Nationalempfindens muß es wirken, wenn die französischen Kriegsgerichte munter fortfahren, Deutsche wegen politischer „Verbrechen" zu exorbitanten Strafen zu verurteilen. Wenn just in diesen Tagen der großen Geste Herriots drei Deutsche — von dem ersten Falle ganz abgesehen — für das Singen von nationalen Liedern auf ein Jahr ins Gefängnis gesperrt werden, so ist das eine Verhöhnung jedes deutschen Empfindens, die einem das Blut ins Gesicht treibt.

•

Aehnlich wie im Ruhrgebiet ist auch für das Rheinland für zahlreiche Ausgewiesenen die Rückkehrerlaubnis erteilt worden. Leider beschränkt sich die Verfügung nur auf diejenigen Ausgewiesenen und Verurteilten, deren Bestrafung nach dem 1. Januar 1923 erfolgt ist. Und auch hier sind noch 67 besonders bezeichnete Personen von dem Gnadenbeweise der französischen Kulturnation ausgenommen. Darunter befinden sich der Regierungspräsident Grützner aus Düsseldorf, Landrat Schoene, Oberregierungsrat Oezle, Regierungsrat Niedermeyer usw. Was man von der Geste Frankreichs zu halten hat, geht auch daraus hervor, daß die jetzt wieder zurückkehrenden Schupobeamten keineswegs etwa zu ihrem Amte zugelassen werden. Wenn also an sich Staatsbeamte und Polizeibeamte zurückkehren dürften, so weiß man immer noch nicht, wo diese untergebracht werden sollen, außerdem muß jeder Einreisende eine Einreiseerlaubnis haben. Für die belgische Zone sind überhaupt noch keine Zulassungen zugestanden worden.

•

Die Wiederaufnahme der Kontrolle.

Das „Echo de Paris" meldet, die Militärkontrolle solle auf einstimmigen Wunsch der Botschafterkonferenz am 15. Juli wieder aufgenommen werden. Die Revision werde etwa vier Monate Zeit erfordern, da in jedem Bezirk ungefähr 80 Untersuchungen vorzunehmen wären.

Verlängerung der Micum-Verträge unmöglich.

Ueber die für Sonnabend angesetzten neuen Verhandlungen zwischen der Micum und der Sechserkommission ist man vorläufig noch völlig im Ungewissen. In den Kreisen der Sechserkommission ist man der einmütigen Auffassung, daß eine Verlängerung der provisorischen Micum-Verträge auf der bisherigen Basis eine glatte Unmöglichkeit darstellt. Man hat den Eindruck, daß die Verweigerung der von Deutschland geforderten Verhandlungen von Regierung zu Regierung lediglich deshalb abgelehnt worden ist, weil die Herren der Micum, ähnlich wie die Organe der seinerzeitigen deutschen Zwangswirtschaft, das Bestreben haben, sich um jeden Preis in ihren einträglichen Posten zu behaupten. Eine neue Verlängerung der Verträge ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil die deutschen Zechen finanziell tatsächlich am Ende ihrer Kraft sind, wie auch die vielen Stillegungen beweisen. Durch die bisherigen Verträge ist der größte Teil der deutschen Kohlenzechen langsam zum Verenden gebracht worden, und dieses Manöver soll jetzt anscheinend zur

völligen Erdrosselung

führen. Der Bergbau ist nicht mehr in der Lage, die Micumlasten, die sich auf 8 bis 10 Mark pro Tonne belaufen, zu tragen. Wenn man annimmt, daß schon ohne die Micum-Lasten der Kohlenpreis pro Tonne 18,75 Mark beträgt, und dazu die Lasten von 8 bis 10 Mark Micum-Abgaben hinzukommen, so gelangt man zu einem Kohlenpreis, der jeden Absatz unmöglich macht. Bei dieser Sachlage ist nicht einzusehen, daß die deutschen Unterhändler einem neuen Vertrage zustimmen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ein vertragsloser Zustand eintreten kann, bis Frankreich die Verhandlungen von Regierung zu Regierung zugesteht, denn man muß sich immer vor Augen halten, daß es sich hier doch um Reparationsleistungen handelt, die nur von Regierung zu Regierung festgesetzt werden können.

Rücktritt der italienischen Regierung

Rom, 30. 6. Der „Nuovo Paese" meldet, daß gestern abend alle Mitglieder des Kabinetts bei Mussolini ihre Posten zur Verfügung gestellt haben und in einem Briefe, der ihre Demission begleitete, erklärten, daß sie dem Führer der Regierung auch weiterhin ergeben bleiben. Mussolini wird heute seine Beratungen mit politischen Persönlichkeiten beginnen. Für morgen wird der Rücktritt offiziell angekündigt und Dienstag wird die Bildung des neuen Kabinetts mitgeteilt werden.

Amerika lehnt den Völkerbund ab

Newyork, 30. 6. Der ehemalige Kriegssekretär Baker unterbreitete dem demokratischen Konvent den Bericht des Minoritätsausschusses für die Aufstellung des Wahlprogramms, demzufolge Amerika gemäß Wilsons Grundlinien sofort in den Völkerbund eintreten soll. Dieser Bericht wurde von dem Konvent abgelehnt.

Die Reichstagswahlen in Oberschlesien für ungültig erklärt.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag behandelte am Sonnabend den Einspruch der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gegen die Zurückweisung ihres Kreiswahlvorschlages im Reichstagswahlkreis 9 (Oppeln).

Der Wahlvorschlag war vom Kreiswahlleiter zurückgewiesen worden, obwohl er mit dem Kreiswahlvorschlag derselben Partei im Kreise Breslau und mit dem Reichswahlvorschlag des Bayerischen Bauernbundes verbunden war, so daß nur zwanzig Unterschriften für die Wahlliste in Oppeln nötig waren. Sonst sind fünfhundert Unterschriften erforderlich.

Das Wahlprüfungsgericht kam zu dem Urteil, daß die Reichstagswahl im Kreise Oppeln für ungültig zu erklären ist. Da nicht festzustellen ist, welches das Ergebnis gewesen sein würde, wenn die Wahl ordnungsmäßig vonstatten gegangen wäre, so muß eine Neuwahl stattfinden.

•

In Ergänzung der Mitteilung über die Ungültigkeitserklärung der Reichstagswahlen in Oberschlesien ist noch folgendes nachzutragen: Eine Rückwirkung der Ungültigkeitserklärung auf die Wahlkreise Breslau und Liegnitz kommt nach Ansicht des Gerichtes vorläufig nicht in Frage. Durch das Urteil gehen die bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises 9 ihres Mandates verlustig. Es sind dies die Abgeordneten Wolf (Dnat.), Ulitzka, Ehrhardt und Zipper (Ztr.), Zabasch und Jendrosch (Komm.).

Held zum Bayrischen Ministerpräsidenten gewählt.

Im Bayrischen Landtag wurde Geheimrat Dr. Held mit 68 von 107 abgegebenen Stimmen unter dem Beifall der Rechten zum Ministerpräsidenten gewählt und erklärte, daß er in einer der nächsten Sitzungen das neue Kabinett vorstellen und sein Programm entwickeln werde. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch vormittag statt.

Für den neuen Ministerpräsident stimmten die Bayerische Volkspartei, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und das Zentrum sowie der Abgeordnete Krakowil. Die Demokraten und Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab. Die Wahl verlief ohne Störung durch die Kommunisten.

Nationale Bewegung in Aegypten.

Nach einer Havasmeldung aus Kairo hat der ägyptische Premierminister Zaglul Pascha einem Vertreter der Reuter-Agentur nachstehende Erklärung abgegeben: „Die Erklärung Lord Parmoors, daß Großbritannien den Sudan auf keinen Fall aufgebe, hat in Aegypten einen sehr peinlichen Eindruck gemacht und erschwert außerordentlich eine Verständigung zwischen England und Aegypten." Die ägyptische Presse protestiert andererseits in energischen Ausdrücken gegen die Erklärungen Parmoors. Es kam bereits in den Straßen zu Volkskundgebungen. Die Manifestanten durchzogen die Straßen mit dem Rufe: „Der Sudan muß an Aegypten zurückgegeben werden." Diese Rufe wurden namentlich vor den auswärtigen Konsulaten ausgestoßen.

Kellogs Mission.

Die Ansprüche Amerikas an Deutschland.

Wie die Information mitteilt, soll Kellog, der von der Washingtoner Regierung nach London entsandt werden wird, hauptsächlich die Ansprüche Amerikas an

SLUB
Wir führen Wissen.